

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13993. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Auf zum Protest gegen Mord-Ungarn!

Berlin, 31. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Zentralkomitee der U.S.P. veröffentlicht in der Freiheit folgenden Aufruf:

„Protest gegen die ungarischen Bluturteile. An die deutsche Arbeiterklasse! Die Gerichtshöfe der ungarischen Weisgardisten fällen sorglos Urteile gegen die proletarischen Vorkämpfer, die uns allen das Blut in den Adern erstarren lassen. Dieses Bluten gipfelt in den Todes- und Zuchthausurteilen am 27. 12. gegen die ungarischen Volkskommissare und andre Sozialisten. Diese sorglosierten Verbrechen an den ungarischen Arbeitern treffen das Proletariat aller Länder. Jetzt gilt es zunächst, die Vollendung der schändlichen Grausamkeiten zu verhindern. Wir rufen euch auf, in machtvollen Kundgebungen gegen die Vollstreckung der Todes- und Zuchthausurteile Protest zu erheben. Beweist eure internationale Solidarität mit den Opfern des weißen Terrors.“

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg erklärt einen Aufruf an die Groß-Berliner Arbeiterklasse, am Sonntag, dem 2. Januar, mittags 12 Uhr, im Lustgarten eine Massenkundgebung gegen das ungarische Schreckenregiment zu veranstalten.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie überbandte der ungarischen Regierung folgendes Telegramm:

„Herrn Ministerpräsident Tisza, Budapest. Parteileitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands erheben schärfsten Protest gegen die Verurteilung der ungarischen Volkskommissare zu Todes- und Zuchthausstrafen. In der Vollstreckung dieser Urteile würden wir in Uebereinstimmung mit den Arbeitern und Sozialisten aller Länder ein Werk niederträchtigster Rachsucht und eines Schandens der Menschheit erblicken. Crispian-Debour.“

Reichstag heraus!

Nieder die Verschleierungspolitik der Reichsregierung!

Berlin, 31. Dezember. (U.) Der Fraktionsvorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat durch den Abg. Debour an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Im Namen des Vorstandes der Reichstagsfraktion der U.S.P. beantrage ich, den Reichstag sofort zusammenzubekommen. Das Verhalten der Regierung bei den Verhandlungen mit den Ententemächten, insbesondere die Verschleierung von Ententenoten, macht es dringend notwendig, daß der Reichstag seinen Einfluß auf diese Verhandlungen zur Geltung bringt.“

Berlin, 31. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Vorwärts bemerkt, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der für den 17. 1. einberufen ist, „gerade noch rechtzeitig kommen wird, um einen Scherbenhaufen beklagen zu dürfen.“ Im übrigen kann der Vorwärts in seiner heutigen Besprechung der Sicherheitspolitiknoten selbstamerweise nicht dieselbe Schärfe der Opposition finden, wie die sozialistische Korrespondenz vor einigen Tagen. Der größte Teil der Ausführungen des Vorwärts wendet sich gegen den Entente-Militarismus. Erst ganz am Schluß heißt es:

„Auch hier ist ein Verhalten der deutschen Regierung geboten, das dem französischen Militarismus keine neue Nahrung mehr gibt. Die ganze Situation ist ja verzweifelt einfach: Entweder wir können und wollen uns dem kriegerischen Vormarsch der Entente wider Deutschland entgegenstellen — vielleicht verwendet Herr Czerwinski seine Einwohnerwehren dazu — und dann brauchen wir uns weder auf das Bitten, noch auf Rabulistik zu verlassen, sondern können eine offene Sprache führen, oder aber wir sehen ein, daß ein solcher Gedanke heulender Wahnsinn ist — und das steht schließlich jebermann in Deutschland ein — und dann darf eine Politik nicht weiter getrieben werden, die nicht anders enden kann, als mit neuen Niederlagen, neuen Demütigungen, neuen Schwähungen des deutschen Volkes. Eine Wendung muß eintreten, und sie muß damit beginnen, daß die Auflösung der Einwohnerwehr verfügt und durchgeführt wird. Dann wird sich auch eine Möglichkeit finden, die Frage der Sicherheitspolitik zu regeln, daß eine genügend starke staatliche Polizeigewalt bleibt, die als Gegengewicht gegen wilde Selbstschutzzorgane doppelt notwendig ist, und daß die Beunruhigung unter den Beamten, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen, verschwindet.“

Ein englisch-japanischer Geheimvertrag?

Kopenhagen, 30. Dezember. (U.) Die Petersburger Pravda berichtet, daß England mit Japan einen Geheimvertrag abgeschlossen habe. Die einzelnen Artikel des Vertrages sollen Japan das Recht größter Bewegungsfreiheit in den asiatischen Teilen Rußlands einräumen.

Das Jahr der Spaltung.

Als ein schwarzes Jahr, als ein Jahr schweren Verbrechens an der Arbeiterbewegung wird 1920 verzeichnet werden in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes, in der Geschichte der deutschen Revolution. Der Tag von Halle wirft seine dunklen Schatten über die 365 Tage, die sich heute zum Ring zusammenschließen haben. Moskaus unheilvolles Werk hat in diesem Jahre nicht nur in Deutschland die Front der revolutionären Arbeiterklasse zertrümmert. Es hat auch das Gefüge der schweizerischen Sozialdemokratie gesprengt und Stößen in die proletarische Einheit Italiens und Frankreichs getrieben, daß ihre Quader vor dem Zerfalle stehen. Sprengung der Arbeiterbewegung, Erstarkung der Reaktion, das sind die traurigen Male des Jahres 1920.

An seinem Beginn steht eine Tafel der Schmach für die Rechtssozialisten. Sie verzeichnet die Höhenmarke ihrer „positiven Arbeit“, ihrer Verbindung mit dem Bürgertum gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, die sie in die tiefsten Sümpfe der Putzlamerei, des Polizeistock- und Spitzelregimes wider das Proletariat brachte. Der Kampf um das Betriebsrätegesetz war vom Jahre 1919 in das Jahr 1920 übernommen worden. Am 13. Januar fand vor dem Reichstag jene Demonstration statt, die zu dem einschüchternen Blutvergießen führte, das 33 Tote und 100 Verwundete als Opfer der Maschinengewehre der Reichswehr, als Opfer der Koalitionspolitik der Rechtssozialisten auf Pflaster niederstreckte. Die revolutionäre Arbeiterklasse wollte die Räteidee gegen ihre Verschandlung durch das Gesetz verteidigen. Das böse Gewissen der Koalitionspolitiker und der Haß der Militärs gegen die revolutionären Proletarier, der nur auf den Moment zum Ueberfall lauerete, wirkten zum unheilvollen Werk zusammen und die Selbstfertigkeit kommunistischer Führer, die im Berliner Vollzugsrat die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur regelrechten Abwicklung der Demonstration versäumten, gab den Wächtern der Ordnung den Vorwand zu ihrer „staatsrettenden Tat“. Mit Lügen und Fälschungen wurde die Bluttat zu bedecken versucht. Der Reichsminister Bauer phantasierte von einer Bartholomäusnacht, die die Demonstranten den Reichsboten hätten bereiten wollen. Der preussische Polizeiminister Heine trug die Schuld an seiner Losspiegel mit einem Fanatismus vor, der seinem Vorbild Putzlamerei alle Ehre gemacht haben würde. Die Freiheit und die Rote Fahne wurden noch am selbigen Tage verbotten, ehe sie auch nur ein Wort über die blutigen Vorgänge hatten veröffentlichen können. Und einmal im Zuge ging die Reaktion aufs Ganze und versuchte, die „günstige Situation zur Eroberung der revolutionären Bewegung zu nützen“. Die Rechtssozialisten schämten sich nicht, sozialistengesellschaftliche Praktiken großen Maßstabs anzuwenden, über die sie einst die Schale ihres Jorns und Spottes ausgegossen hatten, die sie einst gebrandmarkt, und deren Unwirksamkeit sie tausendmal voll Hohn den Gewaltmenschen der bismarckischen Zeit demonstriert hatten. Jetzt versetzten sie selbst in den jämmerlichen Köhlerglauben, daß man soziale Bewegungen mit dem Polizeistock niederschlagen könne. Wegen des Berliner Blutbades, das nirgends im Reich wiederholt werden konnte, weil nirgends in den Massen der revolutionären Arbeiterklasse der Plan zu einer Revolte bestand, obwohl es also nirgends aus Anlaß der Schlächtereie zu Unruhen kam, wurde die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten fast im ganzen Reich auf unbestimmte Zeit verboten. Die Leipziger Volkszeitung erhielt am 18. Januar den Ukas des Generals Maerker. Erst am 19. Februar konnte sie wieder erscheinen, erst um diese Zeit hörte der Ausnahmezustand gegen die revolutionäre Presse nach und nach auf. Und sein Ende war nicht etwa Wiederkehren der Einsicht der Koalitionsregierung zu danken, nicht erwachender Scham der Rechtssozialisten oder ihrer schamhäßlichen Gendarmenrolle, sondern dem Bedürfnis der Reichsregierung, in einer schweren außenpolitischen Krise vor dem Auslande die Einmütigkeit aller Parteien zeigen zu können. Am 10. Januar war der Friedensvertrag von Versailles in Paris ratifiziert worden. Am 9. Februar war die Auslieferungspflicht, die die Namen fast aller deutschen Führer enthielt, in Berlin überreicht worden, nachdem der Legationsrat v. Rezsner, der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, sich die billige Heldenpose der Annahmeverweigerung geleistet hatte. So wenig die unabhängige Sozialdemokratie gegen die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher einzunehmen gehabt hätte — sie hätte freilich ergänzt werden sollen durch das Strafverfahren gegen alle Kriegsverbrecher, einerlei ob sie der sieghaften oder der besiegten Partei angehörten —, so wenig unfre Partei geneigt war, das deutsche Volk um einiger Offiziere willen zu opfern, die die Höhe ihres angeblichen Patriotismus dadurch bewiesen, daß sie lieber das ganze deutsche Volk erneuten Kriegs- und Hungerfurchen, als ihre

eigene wertige Person den Kriegsgerichten der Entente ausliefern wollten, so sehr mußte sie doch anerkennen, daß die Erfüllung der Auslieferungsforderung bei der reaktionären Zusammensetzung der Reichswehr einfach eine Unmöglichkeit war, und daß jeder Versuch den blutigen Bürgerkrieg bedeutete hätte. Die Entente war schließlich vernünftig genug, einzusehen, daß Deutschland ihre Forderung nicht erfüllen könne und sie beschied sich schließlich mit der Zusicherung, daß es keine Kriegsverbrecher vor dem Reichsgerichte selbst aburteilen werde. Die deutsche Regierung beekste sich, für dieses Verfahren die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Fast ein Jahr ist vergangen seit jenen Tagen, aber bis heute wartet das deutsche Volk und wartet die Entente vergeblich darauf, daß ein Prozeß gegen nur einen einzigen der Kriegsverbrecher durchgeführt werde. Das Reichsgericht hat immer noch nicht die Unterlagen für den winzigsten Prozeß zusammen. Ob es sie noch jemals zusammenbekommt? Es ist nicht unnötig, daran zu erinnern, daß die Entente nur unter Vorbehalt auf die Erfüllung der Auslieferungsforderung, die im Friedensvertrag zugesichert ist, verzichtet hat.

Das Entgegenkommen der Entente in diesem Falle verschob die Militärschelte, die damals schon drohend genug am deutschen Horizont stand. Sie wurde deswegen nicht vermieden. Am 13. März machten die Kapp und Lütkwitz ihren Staatsstreich. Die Bauer, Noske, Heine bekamen von denselben Militärs, mit deren Hilfe sie einige Wochen vorher die Unabhängigen und Kommunistische Partei zu zerklüften versuchten, den verdienten Fußtritt. Das reaktionäre Werkzeug, das Noske mit vorbissenerm Fleiß und mit der Blindheit eines wütenden Stieres der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zurechtgeschmeidet hatte, wandte sich gegen ihn selbst. Der Generalstreik der deutschen Arbeiterklasse, die sich, nun allen Zwist vergebend, zur Tat zusammenschloß, stürzte die Staatsstreicher nach wenigen Tagen wieder von ihren Sesseln, stürzte zugleich aber auch den Schubigsten, Gustav Noske und seinen Helfer Heine. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die nur auf das Gelingen des Putzsches gewartet hatten, um sich den Siegern in die Arme zu werfen, verleugneten jetzt schamhäßlich ihre Gesinnungsgenossen. Um so eifriger waren sie bemüht, ihnen durch Ablenkungsmanöver indirekt zu Hilfe zu kommen. Die Liquidation des Putzsches sollte zu einem Feldzug gegen den angeblich drohenden Bolschewismus, zu einem inneren Krieg gegen die Arbeiterklasse werden. Und dank der Zweispieltigkeit der Rechtssozialisten und der Bolschewistenfürchtigkeit der Demokraten und des Zentrums ist dieser infernalische Plan zu einem Teile nur zu gut gelungen. Die unzuerlässigen, die kappistischen Truppenteile, die nur durch das vorzeitige Zusammenbrechen des Staatsstreiches verhindert wurden, sich für ihn zu erklären, konnten sich dank dieser Wendung als die Hüter der Verfassung gegen Pläne auf Auslösung der Rätepublik gebärden. Die Zerspaltung der Arbeiterbewegung rächte sich abermals. Die vielen Blutopfer, die das Proletariat in diesen Tagen bringen mußte, vermochten die Arbeiterregierung nicht zu schaffen, die eine Zeitlang möglich schien. Unter dem neuen Reichsminister Hermann Müller blieb im wesentlichen alles beim alten. Herr Seekt konnte unter dem neuen Reichswehrminister Geßler das Werk der Lütkwitz unentwegt fortsetzen. Im Ruhrrevier feierte der weiße Schrecken und die Militärjustiz trotz aller Versuche, ihr durch allerlei Bindungen die Krallen zu beschneiden, die schreulichsten Orgien, während die Kapp-Verbrecher unbehelligt entkommen konnten, während die Mörder von Mecklenburg und Breslau, die militärischen Brandstifter von Leipzig unbehelligt sich ihrer Tage freuen konnten. Von den acht Punkten, auf die sich die führenden Parteien den gewerkschaftlichen Organisationen beim Abbruch des Generalstreiks verpflichteten, ist nicht einer wirklich durchgeführt worden. Die Reaktion hat die Schlappe, die sie durch den vorzeitigen Losbruch der meuternden Militärs erlitten hatte, wieder auszuweihen gewußt. Sie hat seitdem ihre Rüstung nur um so sorgfältiger gedichtet...

Die Reichstagswahlen des 6. Juni setzten das Siegel unter die Tafel, daß die Reaktion mit der Beteiligung des Kapp-Putzsches nicht zurückgeschlagen war. Das Ergebnis der Wahlen zeigte ihren Vormarsch handgreiflich. Die Sünden der Rechtssozialisten rächten sich furchtbar. Mit den schwersten Verlusten mußten sie das Wahlschlachtfeld räumen. Der starke Fortschritt der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte diese Verluste nicht wettmachen. Die Kommunisten erwiesen sich als schwache Seite, die kein politisches Gewicht in die Waagschale werfen konnte. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung unter stillschweigender Hilfe der Rechtssozialisten war die Folge. Eine Politik, die nach außen hin jede Möglichkeit zur Verbesserung der deutschen Lage verzichtete, weil ihr die Erhaltung der reaktionären Kampforgane